

Nachtrag zum Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung (Finanzierung ambulante Leistungen im Bereich Wohnen)

Antrag vom 3. März 2026

SVP-Fraktion (Sprecher: Wüst-Oberriet)

Antrag:

Rückweisung der Vorlage an die Regierung mit dem Auftrag, dem Kantonsrat zusammen mit der überarbeiteten Vorlage einen konkreten Entwurf der Verordnung, insbesondere mit den ausgehandelten Tarifen, vorzulegen. Dabei sind die finanziellen Auswirkungen transparent auszuweisen und die Umsetzbarkeit der vorgesehenen Massnahmen nachvollziehbar darzustellen.

Begründung:

Der Kantonsrat erwartet bei wichtigen Geschäften, dass Verordnungsentwürfe rechtzeitig zusammen mit den Unterlagen für die vorberatende Kommission zugestellt werden. Dies war hier nicht der Fall. Im Verordnungsentwurf fehlen zentrale Angaben, insbesondere die Tarife. Die Massnahme A7 im Rahmen des Geschäfts 33.21.09 «Haushaltsgleichgewicht 2022plus» begründete diesen Nachtrag mit in Aussicht gestellten Einsparungen von 10 Mio. Franken durch eine stärkere Ambulantisierung. Ohne konkrete tarifliche Grundlagen lassen sich die finanziellen Auswirkungen jedoch nicht beurteilen.